



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 15. Juni 2012 (19.06)
(OR. en)

10885/12

**SOC 498
ECOFIN 513
EDUC 158**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Betr.:	Europäisches Semester/länderspezifische Empfehlungen 2012 und Beschäftigungspaket - <i>Orientierungsaussprache</i>

Die Delegationen erhalten beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes für die Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 21. Juni 2012. Er enthält eine kurze Beschreibung des Hintergrunds der Orientierungsaussprache sowie eine Reihe von Fragen.

**Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) – Tagung am
21. Juni 2012**

**Orientierungsaussprache zum Europäischen Semester/den länderspezifischen
Empfehlungen 2012 und dem Beschäftigungspaket**

Dokument und Fragen des Vorsitzes

Hintergrund

Mit der Billigung der **länderspezifischen Empfehlungen 2012** durch den Europäischen Rat am 28. Juni wird das zweite Europäische Semester im Rahmen der Strategie Europa 2020 abgeschlossen¹. Das Semester war gekennzeichnet von der anhaltenden Wirtschaftskrise, die schwere Auswirkungen auf die makroökonomischen Ungleichgewichte hat, der steigenden Arbeitslosigkeit sowie dem Druck auf die soziale Kohäsion. Die Union reagierte darauf mit einem Bekenntnis zu verstärkter wirtschaftspolitischer Steuerung sowie – auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts 2012 und der integrierten Leitlinien 2012 – durch eine (erneute) Bestätigung der Herausforderungen und Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht. Damit die Folgen der tiefen Schuldenkrise – ein Wirtschaftsabschwung in vielen Mitgliedsstaaten – minimiert werden, müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um zu erneuter Wettbewerbsfähigkeit und erneuertem Wachstum zu gelangen.

Darüber hinaus hat die Kommission vor kurzem das **Beschäftigungspaket** – Zu einer beschäftigungsintensiven Erholung der Wirtschaft – vorgestellt, in dem die Notwendigkeit von mehr Beschäftigung und einer stärkeren sozialen Dimension für die Governance auf EU-Ebene betont wurde. Im Rahmen des Pakets wird auch die Nachfrageseite bei der Schaffung von Arbeitsplätzen betrachtet, beispielsweise wird dargelegt, wie die Mitgliedstaaten durch Senkung der Steuern auf Arbeit oder durch die Förderung von mehr Unternehmensneugründungen Neueinstellungen fördern können. Andere Aspekte dienen der Förderung einer erhöhten Mobilität und höherer Qualifikationen, nicht zuletzt zu Gunsten junger Menschen, sowie der Ermittlung der Bereiche mit dem größten Beschäftigungspotential in der Zukunft: umweltverträgliche Wirtschaft, Gesundheitsdienste und Informations- und Kommunikationstechnologien.

¹ Die endgültige Verabschiedung der länderspezifischen Empfehlungen durch den Rat ist für den 10. Juli geplant.

Länderspezifische Untersuchungen 2012

Als Antwort auf die Aufrufe des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom Dezember 2011 und vom Februar 2012, die Beiträge der Ausschüsse zur Arbeit des Rates zu verstärken, haben sich der Beschäftigungsausschuss und der Ausschuss für Sozialschutz in hohem Maße auf die Durchführung der Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Umsetzung der gemeinsam vereinbarten Empfehlungen des Rates für die Mitgliedstaaten vom Juni 2011 konzentriert. Die Überprüfungen wurden sowohl auf einer thematischen Grundlage als auch über eine umfassende länderbezogene Prüfung der in den nationalen Reformprogrammen für 2012 dargelegten Maßnahmen durchgeführt. Es wurde auch in zunehmendem Maße auf verschiedene sachdienliche – quantitative und qualitative – Daten in Form von Indikatoren, themenbezogenen Überprüfungen und Bestandsaufnahmen zurückgegriffen.

Der Vorsitz ist der Auffassung, dass sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten von dieser Änderung der multilateralen Überwachung profitiert haben, und begrüßt die Idee, dieses Verfahren während des gesamten Jahres fortzusetzen.

Aus der gemeinsamen Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz geht deutlich hervor, dass bei der Umsetzung der Empfehlungen Fortschritte erzielt werden. Die Mitgliedstaaten, denen die heikle Lage bewusst ist, bringen mit großem Nachdruck Reformen auf den Weg, um die zentralen Herausforderungen zu bewältigen. Die Umsetzung und – noch wichtiger – die Wirkung der Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt, die häufig grundlegend sind, erfordert Zeit. Ferner ist die Einbeziehung aller Beteiligten, insbesondere der Sozialpartner, anzustreben, damit die Reformen erfolgreich sind.

Die länderspezifischen Empfehlungen 2012, in deren Rahmen Fortschritte in zahlreichen Bereichen festzustellen sind, betreffen allerdings weitgehend ähnliche politische Bereiche wie 2011. Das Fortbestehen der Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten, zusätzliche Fortschritte – auf entschiedene und effiziente Weise – innerhalb der genannten Bereiche zu erzielen, kommen in diesen Empfehlungen zum Ausdruck. Insbesondere geht es um steigende Beschäftigungsquoten und eine stärkere Teilhabe am Erwerbsleben, eine größere Investition in erforderliche Kompetenzen und Qualifikationen, wobei für wirksamere aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Arbeitsanreize zu sorgen ist, sowie um zusätzliche Strategien zur aktiven Eingliederung der schwächsten Bevölkerungsgruppen.

Die länderspezifischen Empfehlungen – in Kombination mit der gezielteren multilateralen Überwachung – sind von zentraler Bedeutung für die Anstrengungen des Rates zur Stärkung der allgemeinen Umsetzung der Strategie Europa 2020. Darüber hinaus kann die zunehmende Anwendung qualitativer und quantitativer Werkzeuge und statistischer Daten auch dazu beitragen, dass Beschäftigungsaspekte und soziale Aspekte der gemeinsamen Anstrengungen, die die EU unternimmt, um die Konjunktur zu beleben, sichtbarer werden.

Obwohl viele der politischen Bereiche in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fallen, haben andere Mitgliedstaaten ein Interesse daran, dass dafür gesorgt wird, Mängel zu beheben und Reformen umzusetzen, damit die gemeinsamen Ziele bei einer immer größer werdenden Verflechtung unserer Volkswirtschaften erreicht werden.

Aussprache

Im Hinblick auf die Strukturierung der Aussprache werden die Minister gebeten, über die Fragen des Vorsitzes nachzudenken; dabei sollten sie sich unter anderem auf ihre nationalen Aktionspläne, die länderspezifischen Empfehlungen und die Daten/den Anzeiger für die Leistungen im Beschäftigungsbereich sowie die gemeinsame Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses/des Ausschusses für Sozialschutz stützen.

Das Beschäftigungspaket kann als Beitrag für zukunftsgerichtete Initiativen und Prioritäten dienen, um die es auch bei den informellen Gesprächen während des Mittagessens gehen wird.

Frage 1: Trägt das Europäische Semester (insbesondere durch die länderspezifischen Empfehlungen und die multilaterale Überwachung) zur Steuerung nationaler Fortschritte bei und wie könnte dies – falls erforderlich – weiterentwickelt werden, damit die allgemeinen Ziele hinsichtlich der Beschäftigung und der Armutsbekämpfung erreicht werden?

Frage 2: Welche Aspekte des Beschäftigungspakets würden Sie im Hinblick auf eine weitere Ausarbeitung und weitere Maßnahmen auf nationaler und auf europäischer Ebene vorrangig behandeln, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wachstum in den kommenden Jahren zu maximieren?

Die Minister werden gebeten, ihre ersten Beiträge/Reaktionen auf drei Minuten zu begrenzen.